

Pressemitteilung

Es ist nicht alles Gold, was glänzt - Haushaltseckwerten müssen Taten folgen

Dresden, 17. Juni 2022. Nachdem die Landesregierung am vergangenen Dienstag die Eckwerte für den nächsten Doppelhaushalt vorgestellt hat, sieht der LandesSchülerRat Sachsen (LSR) im Bereich Bildung weiteren Klärungsbedarf. Auch wenn die befürchteten Sparzwänge des Finanzministers im Schulbereich ausgeblieben sind, müssen Prioritäten des Kultusministeriums genau unter die Lupe genommen werden.

»Es ist gut, dass weiter in Bildung investiert wird. Entscheidend ist aber, dass das Geld auch tatsächlich in den Schulen vor Ort ankommt, bei Schüler*innen, Lehrkräften und Schulpersonal. Alles andere wäre nicht nachhaltig und würde die aktuellen Probleme nur verschleppen«, so Lilly HÄRTIG, Vorsitzende des LSR.

Der LSR zeigt sich froh darüber, dass das Programm Schül*erassistenz nun entfristet wird. Dieser Schritt war lange überfällig und schafft nun endlich Sicherheit bei den Schül*erassistenz und den beteiligten Schulen. Schül*erassistenz ist und bleibt so eine starke Entlastung für Lehrkräfte und eine Unterstützung für Schüler*innen im Schulalltag.

Der Lehrermangel wird weiterhin ein Problem bleiben, trotz des Rekord-Bildungshaushaltes. Das Festhalten an der Verbeamtung und der Ausweis von budgetiertem Lehrervermögen werden das Problem nicht allein lösen. Vor allem im ländlichen Raum braucht es weitaus mehr, so muss auch über unpopuläre Schritte wie die Abordnung von Lehrkräften nachgedacht werden, um Unterrichtsausfall außerhalb von Dresden, Chemnitz und Leipzig zu vermeiden.

Zudem wird sich zeigen, ob die Staatsregierung ihre Zusagen auch dauerhaft einhalten kann. »Ohne langfristige Bildungsinvestitionen werden sich die aktuellen Herausforderungen im sächsischen Bildungssystem nicht lösen. Die zahlreichen Projekte und Maßnahmen zur Unterstützung der Schüler*innen, beispielsweise Schulsozialarbeit oder Ganztagsangebote, werden dauerhaft gebraucht. Sie müssen deswegen über Doppelhaushalte und Legislaturen hinweg angelegt sein. Wenn der Finanzminister aber schon jetzt Sparzwänge für 2025 angekündigt, ist das kein gutes Zeichen«, so HÄRTIG.